

Die Verwaltung hat den Antrag an die Kreispolizeibehörde des Oberbergischen Kreises und den Landesbetrieb Straßenbau NRW in Gummersbach als Straßenbaulastträger weitergeleitet und um Abgabe von Stellungnahmen gebeten. Sobald die Stellungnahmen vorliegen, die eine Veränderung der heutigen straßenverkehrsrechtlichen Situation ermöglichen, werden konkrete Maßnahmen erarbeitet.